



# Pressemitteilung

Frankfurt, 29.11.2018

## **Hessische Ärzteschaft gegen Kommerzialisierung ambulanter Versorgung**

Delegiertenversammlung warnt vor Eingriffen durch Finanzinvestoren

Die Übernahme ambulanter Versorgungseinrichtungen durch Finanzinvestoren und Medizinindustrie betrachten die hessischen Delegierten mit großer Sorge. Nach Kliniken und Altenheimen würden nun unter anderem auch nephrologische Praxen mit Dialyse, Radiologische Praxen, Kinderwunschzentren und Zahnarztpraxen in Form von Medizinischen Versorgungszentren (MVZ) übernommen.

Die ärztliche Freiberuflichkeit werde hierdurch zunehmend gefährdet. „Die Kommerzialisierung dient weder dem Patientenwohl noch der Qualität der medizinischen Versorgung“, kritisiert die Delegiertenversammlung der Landesärztekammer Hessen. Sie fordert, dass freiberufliche, von ärztlichen Inhabern geführte Praxen gegenüber Konzernen und Finanzinvestoren bevorzugt zugelassen werden müssen und die Anzahl Medizinischer Versorgungszentren eines Betreibers begrenzt werden.

Weiterhin sollen Ärztekammern, Kassenärztliche Vereinigungen und Berufsverbände junge Ärztinnen und Ärzten bei der freien Niederlassung coachen und in der Gründungsphase unterstützen.

### **Pressestelle der Landesärztekammer Hessen**

Katja Möhrle, M.A.,

Im Vogelsgesang 3 • 60488 Frankfurt a.M.

Fon: 069 97672-188 • Fax: 069 97672-224

E-Mail: [katja.moehrle@laekh.de](mailto:katja.moehrle@laekh.de) • Internet: [www.laekh.de](http://www.laekh.de) • Twitter: <http://twitter.com/LAEKHpresse>